



Newsletter | März 2015

(1) AG Kinder, Jugend und Bildung

Diese teilnehmerreiche AG hat zuletzt unter der Leitung von Herrn Wand, Einrichtungsleiter des Korczak Hauses, zahlreiche Forderungen für die Gesamtstrategie Inklusion diskutiert und zusammengetragen. Eine Auswahl wurde bereits an die Stadt weitergeleitet (Endgültig verabschiedet werden sämtliche Forderungen während der nächsten Steuergruppensitzung).

[>>weiterlesen](#)

(2) Rückblick der Veranstaltung „Inklusive Gemeinwesen planen“ im Dezember 2014

Die Veranstaltung „Inklusive Gemeinwesen planen“ war nicht nur durch den Zuspruch so vieler Besucher ein Erfolg. Aus der Gruppenarbeit im Anschluss an den Vortrag von Prof. Dr. Rohrman von der Universität Siegen resultierten eine Vielzahl an Forderungen, die an die Stadt hinsichtlich des Aktionsplans für die Gesamtstrategie Inklusion weitergeleitet wurden.

[>>weiterlesen](#)

Termine

Während die Steuergruppe als Organisationsgremium aus einer festgelegten Gruppe von Mitgliedern besteht, freuen sich die Arbeitsgruppen (AG's) immer über engagierte Mitwirkende. Interessierte können sich vorab im Büro oder bei dem jeweiligen Leiter der AG melden.

Wann?	Was?
Mittwoch, 18.03.2015, 16 – 18 Uhr, Kita am Seepark (Hofackerstraße 75a)	AG Begleitung Stadt Thema: Forderungen des Netzwerks Inklusion und aktueller Stand der Gesamtstrategie Inklusion mit Herrn Held. Zudem wird Herr Schmitt vom Garten- und Tiefbauamt die Arbeit der Initiative „Barrierefreie Innenstadt“ vorstellen.
Mittwoch, 01.04.2015, 13:30 – 16 Uhr, Green City Hotel	Steuergruppe Thema: Besprechung der gesammelten Forderungen für die Gesamtstrategie Inklusion.

Impressum

Netzwerk Inklusion Region Freiburg | Kaiser-Joseph-Straße 268 | 79098 Freiburg

Das Netzwerk Inklusion Region Freiburg wird unterstützt durch das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg.

Projekträger ist die Werkstatt PARITÄT.

Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN



(1) AG Kinder, Jugend und Bildung

Präambel

Die Forderungen sollen keine Konkurrenzsituation zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen mit Behinderungen schaffen. Vielmehr soll die vorhandene Vielfalt der Menschen wahrgenommen werden. Bei allen Forderungen ergibt sich ein Antidiskriminierungsgebot.

Forderungen aus den Bereichen Schule, Kita und Freizeit

- Damit Betroffenen der Zugang zu der ihnen zustehenden Unterstützung erleichtert wird, sollen Hilfen „aus einer Hand“ angestrebt werden.
- Es ist zumindest eine städtische Anlaufstelle gewünscht, die Beteiligte an die entsprechenden Stellen verweist. Diese sollte nicht am Schulamt verortet sein. Eine solche Anlaufstelle, ähnlich wie der „Wegweiser Bildung“ für Inklusion, senkt die Hemmschwelle für Eltern und ermöglicht Orientierung. Das Netzwerk Inklusion könnte bei der Aufstellung von Kontaktdaten unterstützend zuarbeiten.
- Es wird eine Vereinfachung der Finanzierung des sehr komplexen Hilfssystems gefordert. Dieses Anliegen geht zwar primär in Richtung der Sozialgesetzschreibung. Allerdings gibt es bereits Kommunen wie Pforzheim oder den Enzkreis, die eine solche Lösung unabhängig von der Sozialgesetzgebung bereits umgesetzt haben und hier als Vorbild dienen können.
- Inklusive Angebote der Schulen, Kitas und Einrichtungen sollen budgetiert werden. Dadurch kann auf spezifische Situationen und Bedarfe besser reagiert werden.
- Fortbildungen zum Umgang mit Inklusion und Vielfalt durch das regionale Bildungsbüro für Erzieher/-innen und Lehrer/-innen aller Schularten sind notwendig. Hier werden auch das Staatliche Schulamt/ RP in der Pflicht gesehen.
- Grundsätzliche Voraussetzung für eine inklusive Freizeitgestaltung ist eine umfassende Barrierefreiheit der Einrichtungen. Den Einrichtungen ist entsprechendes Know-How zur Verfügung zu stellen um umfassende Barrierefreiheit zu garantieren.

(2) Rückblick der Veranstaltung „Inklusive Gemeinwesen planen“ im Dezember 2014

Etwa 40 Besucher mit und ohne Behinderung sind am 12. Dezember 2014 unserer Einladung zur Veranstaltung „Inklusive Gemeinwesen planen“ gefolgt, die im Green City Hotel stattfand. Zu den Teilnehmern zählten neben vielen Netzwerk-Mitgliedern auch der Sozialbürgermeister Herr von Kirchbach, Mitglieder des Gemeinderates sowie des Beirates und Beauftragte für Menschen mit Behinderung.

Nach einer Sensibilisierung für das „Prinzip der Inklusion“ durch Prof. Dr. Rohrman von der Universität Siegen und dem allgemeinen Wunsch nach einer Systematisierung des Inklusionsprozesses wurden in vier Arbeitsgruppen bisherige Ansätze der Stadt bewertet und ergänzt. Zwei weitere geplante Arbeitsgruppen zu den Themen Inklusion in Institutionen und Einrichtungen, sowie Planung und Entwicklung flexibler und inklusionsorientierter Unterstützungsdienste sind nicht zustande gekommen. Die gesammelten Anregungen und Forderungen wurden hinsichtlich des Aktionsplans für die Gesamtstrategie Inklusion in Freiburg an die Stadtverwaltung weitergeleitet:

1. Partizipation und Selbstvertretung von Menschen mit und ohne Behinderung

Beobachtungen/Anmerkungen:

- Zu einer umfassenden Barrierefreiheit gehört nicht nur der Zugang für mobilitätseingeschränkte Menschen. Eine weitergehende Barrierefreiheit ist allerdings aufgrund der starken Vielfalt von Einschränkungen nicht gegeben.
- Es sollte berücksichtigt werden, dass Inklusion aufgrund der Heterogenität der partikularinteressierten Selbsthilfegruppen erschwert wird.

Forderungen:

- Betroffene sind an Entscheidungsprozessen noch unzureichend beteiligt. Sie müssen adäquat angesprochen und eingeladen werden.
- Die Einbeziehung von Betroffenen, die auf Kommunikationshilfen angewiesen sind (Gebärdensprachdolmetscher_innen, Text in leichter Sprache), muss besser organisiert sein. Derzeit ist eine spontane Einbeziehung nicht möglich.
- Für eine umfassende Beteiligung von Menschen mit Behinderungen müssen Multiplikator_innen zur Assistenz gewonnen, geschult und motiviert werden.

2. Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für eine inklusive Haltung

Beobachtungen/Anmerkungen:

- Es besteht die Gefahr, dass 'Inklusion' zu einer leeren Worthölse oder einem 'modischen Konzept' verkommt.
- Inklusion wird häufig mit Integration verwechselt.
- Kritikfähigkeit ist die Voraussetzung zur Sensibilisierung.
- Die allgemeine Bereitschaft zur Sensibilisierung wird angezweifelt.
- 'Schubladendenken' muss aufgebrochen: Vielfalt ist Normalität.
- Eine Sensibilisierung ist nachhaltiger, wenn sie bereits im Kindesalter (Kita, Schule, Elternhaus) einsetzt.
- Die Bewertung von Menschen mit Behinderung nach den Richtlinien unserer Leistungsgesellschaft ist problematisch.
- Inklusion muss mehr im Alltag gelebt und weniger durch Experten 'erklärt' werden.
- Menschen mit Behinderungen sind zu wenig in der Öffentlichkeit präsent. Wo bestehen Beteiligungshürden?

Forderungen:

- Es werden mehr anerkannte und geförderte Unterstützungssysteme gefordert.
- Bisher besteht die öffentliche Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung häufig aus sehr eingeschränkten Bildern (beispielsweise: „Behindert ist der im Pflegeheim wohnende Rollstuhlfahrer“). An dieser Wahrnehmung muss gearbeitet werden um die Vielfalt von Einschränkungen zu verdeutlichen.
- Es werden mehr öffentlichkeitswirksame kommunale Kampagnen zum Thema Inklusion gefordert.
- 'Aktion Mensch e.V.' sollte als Vorbild für Kampagnen auf kommunaler Ebene gesehen werden.
- Soziale Themen sollten im öffentlichen Raum präsenter sein.

3. Gestaltung einer barrierefreien Infrastruktur

Beobachtungen/Anmerkungen:

- Der Begriff 'Barrierefreiheit' muss umfassend definiert werden.
- Öffentlicher Raum sollte nach dem 2-Sinne-Prinzip gestaltet werden: (visuell+auditiv).

Forderungen:

- Es wird mehr Transparenz bei Planungsverfahren einer barrierefreien Infrastruktur gefordert.
- Private und öffentliche Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit müssen kontrolliert werden.
- Der ÖPNV muss gänzlich barrierefrei sein (Haltestellen, Verkehrsmittel).
- Barrierefreiheit muss im gesamten öffentlichen Raum (inkl. öffentlichen Gebäuden und städtischen Einrichtungen) hergestellt werden.
- Hör- und Sehgeschädigte müssen insgesamt mehr Beachtung bei der Schaffung von Barrierefreiheit finden.
- Es wird eine Wahlmöglichkeit bezüglich eines barrierefreien Wohnraums gefordert, die den häufig bestehenden „Zwang“ zur Festlegung auf ein bestimmtes Quartier ablöst.
- Bezahlbarer barrierefreier Wohnraum muss zur Verfügung gestellt werden.
- Es wird eine zentrale Koordinierungsstelle benötigt, die Auskunft gibt, wo barrierefreier Wohnraum zur Verfügung steht (Online-Börse).
- Es wird eine freie Arztwahl gefordert, die bisher durch die stark eingeschränkte Barrierefreiheit (beispielsweise wenn kein Aufzug vorhanden ist) nicht besteht.

4. Aufbau inklusionsorientierter Kooperations- und Vernetzungsstrukturen

Beobachtungen/Anmerkungen:

- Die Einbeziehung unterschiedlicher Zielgruppen in die Initiativen ist notwendig.
- Im Vorfeld muss ein konkreter Anlass für die Vernetzung gefunden werden.
- Um nachhaltige Strukturen zu erzielen, müssen sie sich für alle Beteiligten in irgendeiner Weise lohnen.
- Eine Rückmeldung von Informationen an die jeweilige Zielgruppe ist notwendig.